

Nation und Nationalstaat – Voraussetzungen und Grenzen

Vortrag Dirk Driesang
Mitglied im Bundesvorstand der AfD

Januar und Februar 2016 (mehrfach gehalten)

Zu Beginn möchte ich eine Frage in den Raum stellen: Warum benötigt man die AfD, könnten wir nicht alle bequem zu Hause sitzen? Offensichtlich nicht! Denn schaut man sich im politischen Geschäft um, so bemerkt man eine Situation, die man als

Oligopol im Kartellwahn

oder "Monopolisten unter sich" bezeichnen könnte. Gestatten Sie einen kurzen Ausflug in die Marktwirtschaft. Wenn der Markt ein bestimmtes Angebot nicht führt, für das es aber zugleich eine Nachfrage gibt, dann wird sich irgendwann jemand finden, der genau jenes Angebot bereitstellt.

Diese Binsenweisheit aus der Marktwirtschaft kann man 1 zu 1 auf die politische Ebene übertragen. Auch dort gilt, dass eine bestehende Nachfrage auf die Dauer einen Anbieter findet.

Im Allparteienkonsensforum, genannt "Deutscher Bundestag", ist man sich einig. So viel Markt darf nicht sein, mit Sozialismus und Prä-Kollektivismus kennt man sich dort nämlich aus.

Und so greifen, eine weitere Parallele zur Wirtschaftswelt, Platzhirsche schonmal zu fragwürdigen Mitteln indem sie "Markteintrittsbarrieren" zu errichten suchen. Die röhrenden Hirsche unserer Tage heißen z. B. Stegner und Maas; ihnen ist jedes Mittel recht. Stegner tourt mit Aussagen durch TV Sendungen, die so weit an der Wahrheit vorbeigehen, dass sie gefühlt den Tatbestand der Lüge erfüllen. Für ihn heiligt der (egoistische) Zweck offenbar jedes Mittel.

Beispiel 1: Vor einigen Tagen im Privatfernsehen sprach Stegner davon, die AfD wolle "Homosexuelle registrieren" lassen. Auch der stellvertretende SPD Parteivorsitzende könnte mit bescheidenen Mitteln zügig herausfinden, dass dies natürlich völliger Blödsinn ist, den die AfD nirgends fordert. Allein - es interessiert ihn nicht. Übrigens: Auch die moderierende Journalistin, die angesichts der gebotenen Parteipropaganda Stegner hätte hinterfragen können (ja müssen! Z. B. "Wo steht diese Forderung, wer hat das wann gesagt?"), strahlte lediglich über alle Wangen, bedankte sich herzlich und artig für das Kommen.

Beispiel 2: Auch das Öffentlich Rechtliche ist sich nicht zu schade. Vor kurzem wurde dafür sogar das Kinderfernsehen instrumentalisiert, indem mittels einer ungeheuerlichen Animation und einem untergeschobenen Text die AfD in unschuldigen Kinderaugen diskreditiert werden sollte. Das ist keine Information, sondern Propaganda.

Das waren 2 Beispiele für „Markteintrittsbarrieren“, die verhindern sollen, dass die AfD auf dem politischen Markt Fuß fasst.

Die AfD führt nämlich zahlreiche Angebote im Sortiment, die von den etablierten Parteien

aussortiert wurden. Ich will davon nur einige wenige nennen: "Dezentralisierung" ist so ein Stichwort oder auch "Eigenverantwortung". Diese konservativen und liberalen Haltungen finden sich etwa in den AfD Positionen zum Euro, zur Bankenunion, zum Bargelderhalt oder auch zur EU wieder.

Ein absolut zentraler Begriff konservativ-liberalen Denkens wird ebenfalls nur noch von der AfD im Sortiment geführt, alle anderen Parteien haben ihn voreilig und in vorausseilendem Gehorsam bereits auf der Müllkippe der Geschichte entsorgt:

Der Nationalstaat

Damit komme ich zum Thema meines Vortrages, diesen Nationalstaat möchte ich nun – wegen seiner Wichtigkeit - ein wenig genauer unter die Lupe nehmen.

Wir sind Demokraten. Weil wir ein Demokraten sind, sind wir für den demokratischen Rechtsstaat. Weil wir für den demokratischen Rechtsstaat sind, sind wir für die Nation und somit auch für den Nationalstaat. Denn der Nationalstaat bietet nun einmal die besten Voraussetzungen für das Gelingen von Demokratie; er ist das beste Gefäß für die Demokratie (eine Formulierung übrigens, die Heribert Prantl, bekannter Redakteur der Süddeutschen Zeitung vor Jahren bereits so benutzte.)

Nation ist für uns daher kein Selbstzweck nach dem Motto, jetzt ist sie einmal da, also behalten wir sie. Die Nation erfüllt vielmehr eine Funktion, indem sie Voraussetzung für einen funktionierenden demokratischen Rechtsstaat ist – gerade in der modernen Welt.

Was nun ist die Nation genau, was hält sie zusammen, was macht sie aus?

Die Nation wird getragen durch eine gemeinsame, miteinander geteilte Identität, nationale Identität, und sie ist eine Art „vorgestellte Gemeinschaft“. Vorgestellt deswegen, weil man natürlich nicht alle Menschen, alle Angehörigen der eigenen Nation persönlich kennen kann; wie sollte das gehen bei 80 Millionen Menschen? Aber ich kann mir doch im Kopf vorstellen, dass es sie gibt und dass sie – bei allen Unterschieden und unterschiedlichen Ansichten im Detail – gemeinsam und loyal an einem „Projekt“ „arbeiten“, mithin loyal zur Nation sind. Es gibt also in einer Nation eine nationale Loyalität.

Die Wörter Projekt und arbeiten habe ich in Anführungszeichen gesetzt. Denn es gibt selbstverständlich keinen fertigen, vorbestimmten Bauplan und es gibt meist auch keine bewusste Arbeit. Dennoch leistet jeder, der loyal gegenüber seiner Nation ist, durch sein Wirken einen eigenen Beitrag zum Gelingen des Ganzen.

Die heutigen Nationen entstanden über Jahrhunderte, haben somit eine Geschichte, die tief wurzelt. Auch wir selbst sind letztlich ein Produkt dieser Geschichte, Geschichte, die in weiten Bereichen nichts anderes ist als die Vergangenheit der Nation. Unsere Nation hat natürlich nicht nur Vergangenheit, sie hat auch eine Gegenwart, die – brandaktuell – sehr umstritten ist, und sie hat eine Zukunft, die eben darum höchst ungewiss ist.

Nationale Loyalität

Zurück zum Begriff der nationalen Loyalität, von der eben bereits die Rede war; ich zitiere einen niederländischen Intellektuellen:

[Zitat 1, Thierry Baudet, „Der Angriff auf den Nationalstaat“, Kopp Verlag 2015, S. 82. (In den runden Klammern habe ich die schlechte Übersetzung aus dem Englischen durch ergänzende Wörter verdeutlicht.)

„Nationale Loyalität unterscheidet sich dadurch von anderen Formen der Loyalität, dass sie nicht an erster Stelle auf einen Stamm oder eine Religion gerichtet ist, (auch nicht) auf Ethnizität, auf ein heiliges Buch oder (auf) Blutsverwandtschaft, sondern auf ein Territorium und die dort übliche Kultur und Lebensart. (...) Die Nation [ermöglicht] es Menschen mit unterschiedlichen religiösen und ethnischen Hintergründen außerdem, ihre Unterschiede zu überwinden und denselben souveränen Staat zu akzeptieren. Denn Autorität des Staates ist von allen Kriterien (wie) Stamm oder Religion getrennt und nur auf die (gemeinsam miteinander) geteilte Nationalität der Bevölkerung gerichtet.“]

Durch dieses Zitat ist klar geworden, wie wichtig nationale Identität und nationale Loyalität gerade heute in der modernen Welt sind.

Drei Vorstellungsweisen von Nation und Nationalstaat

Es gibt im Prinzip drei verschiedene Vorstellungsweisen von Nation und Nationalstaat, die ich näher erläutern möchte, weil sie für unser Selbstverständnis wichtig sind.

Die erste wäre die kalte, aufgeklärte Idee einer Nation, in der sich lediglich alle „an das Gesetz halten“, egal ob mit oder ohne innere Überzeugung. Die Institutionen reichen in dieser Betrachtungsweise aus, um das Ganze als politische Organisation zusammenzuhalten; das soziale Erleben von Mitgliedschaft in dieser Nation ist bestenfalls ein Nebenprodukt, aber keineswegs Voraussetzung. Kleine Anmerkung: Man wirft übrigens gerne den Liberalen vor, sie würden eine solche Idee des Nationalstaates verfolgen. Nach meiner Erfahrung stimmt dies aber in aller Regel nicht mit der Wirklichkeit überein.

Die zweite Vorstellung von Nation wäre in etwa das genaue Gegenteil. Man kann sie mit einigem Recht als romantisch-isolierte Betrachtungsweise bezeichnen. Danach ist die Mitgliedschaft in der Nation exklusiv einem bestimmten Kreis vorbehalten und ist für Außenstehende – wie z B für Einwanderer - per Definition ausgeschlossen.

Die dritte Idee einer Nation stellt gewissermaßen einen Kompromiss zwischen den beiden bereits vorgestellten dar. Ja, nationale Identität ist wichtig und somit sind Nationen grundsätzlich erst einmal geschlossene Gemeinschaften – aber – für Außenstehende ist es dennoch möglich, Mitglied zu werden, wenn sie denn dazugehören möchten, wenn sie sich anstrengen, sich integrieren und sich schließlich assimilieren.

Ich zitiere zur Präzisierung nochmals den niederländischen Intellektuellen Thierry Baudet,

der dieselbe Einteilung in 3 Konzepte von Nation vornimmt, Zitat:

[Zitat 2, S. 93, ebd.

„Die erste ist die von der radikalen Aufklärung, mit dem Akzent auf die gleichen rechte für jeden Menschen, ungeachtet Hintergrund und Kultur. Die zweite ist die von der Romantik und steht komplett im Zeichen von Rasse und Blut und einem historischen Determinismus. Die dritte ist die offene, aber an Bedingungen geknüpfte Betrachtungsweise, die versucht, einen Mittelweg zu finden (...): Prinzipiell steht die Mitgliedschaft jedem offen, sie fordert aber Anstrengung.“]

Ich halte diese Überlegungen gerade auch für die AfD für sehr wichtig. Nach allem was ich bisher in der AfD erlebt und gehört habe, legen alle miteinander in großer Einigkeit das Modell 3 zugrunde. Jene Idee von Nation und Nationalstaat also, die versucht, einen Mittelweg zu finden und auch im 21. Jahrhundert am Nationalstaat festzuhalten.

Modell Nummer drei

Gegenseitig erfüllte Erwartungshaltung

Auf genau dieses Verständnis von Nation möchte ich daher einen genaueren Blick werfen.

In der Vergangenheit hat sich – teils unter großen Schmerzen und auch Opfern – ein Wertekanon gebildet, eine Kultur, ein Miteinander, welches sich auch in vielen Kleinigkeiten ausprägt und in Form von gegenseitig erfüllten Erwartungshaltung unseren Alltag prägt und überhaupt erst ermöglicht.

Dazu einige willkürlich herausgegriffene Beispiele, um zu verdeutlichen, was „gegenseitig erfüllte Erwartungshaltung“ genau bedeutet.

In welcher Situation und für wie lange schaue ich jemandem ins Gesicht oder direkt in die Augen? Wann suche ich ein unverbindliches Gespräch, welche Signale vermitteln mir, dieses Gespräch elegant auslaufen zu lassen oder abrupt abzubrechen oder ggf auch weiterzuführen?

Wie gehe ich mit partieller Nacktheit z B im öffentlichen Schwimmbad um, wie mit völliger Nacktheit - etwa in einer gemischten Sauna?

Wie laut spreche ich im Zug mit meinem Sitznachbarn, meinem Gegenüber, wie laut rede ich, wenn das Gespräch am Telefon geführt wird? Was tue ich, wenn ich jemanden anremple oder jemand mich anremple?

Diese wenigen Beispiele – die sich beliebig erweitern ließen - machen uns beispielhaft ein komplexes Kompendium an Regeln, Verhaltensmustern und sozialen Normen bewusst, die von uns üblicherweise grade nicht bewußt wahrgenommen werden, die es uns aber erst ermöglichen, in diesen Situationen meist „richtig“ zu handeln. Eine große, anonyme, extrem

arbeitsteilig und hochmobil organisierte Gesellschaft wie die unsrige vermeidet mithilfe dieses Konsensgeflechts täglich Millionen und Abermillionen von Reibungsverlusten und Konflikten. Ohne dieses Konsensgeflecht kann es keinen sozialen Frieden in einer Gesellschaft geben. Sozialer Frieden ist aber eine der Voraussetzungen für Demokratie und Rechtsstaat. Damit ist klar, dass die „gegenseitig erfüllten Erwartungshaltungen“ viel wichtiger sind, als es uns im reibungslosen Alltag erscheinen mag, und obwohl sie sich häufig „nur alltäglichen Dingen“ widmen, bestimmen sie zuletzt auch die großen Dinge mit.

Ethisches Verhalten

Aus ihnen erwächst nämlich auch ethisches Verhalten. Dazu ein verdeutlichendes Zitat aus einem Buch des Politologen Kleine-Hartlage:

[Zitat 3, Manfred Kleine-Hartlage, Resch Verlag, 2010, „Das Dschihadssystem“, S. 22 ff.

„Würde der Fahrgast seine Karte auch dann bezahlen, wenn er wüsste, dass die Anderen es nicht tun? Würde der Soldat kämpfen, wenn er wüsste, dass seine Kameraden lieber davonlaufen? (...) Natürlich nicht!

(...) Niemand will der sprichwörtlich Dumme sein, der als Einziger die Regeln befolgt. Werden sie befolgt, so ist dies offensichtlich auf die Erwartung des Einzelnen zurückzuführen, dass alle (oder doch die meisten) Anderen sich ebenfalls ethisch verhalten. Diese Gegenseitigkeit der Erwartungen also bringt ethisches Verhalten hervor. Ethik – und damit die Existenz von Gesellschaft schlechthin – beruht auf Solidarität. (...)

Dabei gehört kaum ein Mensch bloß einer Solidargemeinschaft, bloß einem System gegenseitiger Solidaritätserwartungen an. (...) Meiner Familie bin ich stärker verpflichtet als meinem Land, meinem Land stärker als meinem Kulturkreis und diesem wiederum stärker als der Menschheit insgesamt. (...) Dabei können diese System sich nicht substituieren: Die Familie kann nicht die Aufgaben der Nation übernehmen und die Nation nicht die der Familie; (...)

Es ist wichtig zu sehen, dass die Solidarität innerhalb eines solchen Systems ihre notwendige Kehrseite im Ausschluss aller nicht dazugehörenden Menschen findet: Wer seinem Nachbarn beim Tapezieren hilft, weil er davon ausgeht, dass dieser Nachbar sich irgendwann revanchieren wird, ist noch lange nicht bereit, Jedermann beim tapezieren zu helfen. Oder, ins Politische gewendet: Die Westdeutschen, die - nicht ohne Murren, aber letztlich doch anstandslos – eine Billionensumme aufbrachten, um Ostdeutschland auf die Beine zuhelfen, hätten es zu Recht als absurde Zumutung zurückgewiesen, dasselbe für Polen oder Russland zu tun.

Ein altruistisches Verhalten – also: Jedem beim Tapezieren zu helfen oder alle Völker zu subventionieren – wäre für den Einzelnen eine unmenschliche Überforderung und für ein Kollektiv das Ende: Es wäre nicht nur ruiniert, es würde buchstäblich aufhören, als Solidargemeinschaft zu existieren, weil der Einzelne ja wüsste, dass seine solidarisch erbrachte Leistung in diesem Fall also seine Steuergelder, in keiner Form an ihn

zurückfließen, auch nicht langfristig oder in der verwandelten gestalt vob Stabilität oder Sicherheit; sie würden einfach über die Welt verstreut – eine Welt, die eben keine Solidargemeinschaft ist.“]

Obwohl Kleine-Hartlages Text aus dem Jahr 2010 allgemeine Bedingungen eruiert, erkennen wir in diesen Tagen ganz klar eine sehr konkrete Forderung, die aus ihnen erwächst. Indem wir unsere Grenzen auf Geheiß der Kanzlerin und der Regierung und der sie unterstützenden Opposition für alle geöffnet haben, zerstören wir zugleich die Grundvoraussetzung für Solidarität überhaupt.

Die Solidargemeinschaft und ihr Ende

Wir trennen nicht mehr ein Innen von einem Außen.

Solidarität muss – auf solche Art falsch verstanden – notwendig ein Ende der Solidargemeinschaft nach sich ziehen.

Der große von Merkel und Co vorangetragene humanitäre Gedanke entpuppt sich bei näherem Hinsehen als ausgesprochen trügerisch. Es ist eine geteilte Humanität, die nur die strahlende Vorderseite der Medaille zeigt, in der man sich gerne sonnt, aber die dunkle und gefährliche Rückseite ausblendet. Um es deutlich zu sagen: Solche Humanität muss zuletzt in eine Katastrophe einmünden.

Eine weitere Folge geschichtlicher Entwicklung ist übrigens auch unser Rechtssystem, das Grundgesetz, die Gewaltenteilung, das bürgerliche Gesetzbuch. All dies sind letztenendes in Buchstaben und Paragraphen geflossene Regeln und Normen. Das heißt aber, ohne breiten gesellschaftlichen Konsens zu diesen Regeln und Normen wäre auch irgendwann das Gesetz selbst hilflos. Anders formuliert; das GG wie auch alle weiteren Gesetze können nur dauerhaft bestehen, wenn sie in gewisser Selbstverständlichkeit von der Gesellschaft getragen werden. Würde diese Basis wegfallen, müsste auch das stärkste Gesetz schließlich weichen.

Daraus folgt aber unabdingbar, dass unsere Kritik und unsere Diskussion nicht auf der Ebene von Polizei und Rechtsstaat, Gesetz und Justiz stehen bleiben darf. Um es einmal drastisch zu formulieren, auch die Scharia ist ein Rechtssystem – es ist eines, welches von uns mehrheitlich aus guten Gründen abgelehnt wird. Sollte aber irgendwann oder irgendwo die Gesellschaft in ihrer dominierenden Breite die Scharia befürworten, dann kann keine Staatsgewalt, kein Rechtsstaat und keine Polizei oder Justiz dies auf die Dauer verhindern. So wie unser existierendes Rechtssystem und Rechtsverständnis auf Tradiertem und akzeptierter Übereinkunft beruht, so würde dann ein neues und radikal anderes Rechtssystem etabliert.

Ergänzend zu Kleine Hartlage ein Hinweis von Alexis de Toqueville, jenem großen Analytiker der politischen und sozialen Welt, der sehr vieles von dem was nach ihm geschah richtig vorausgesehen hatte. Tocqueville spricht in seinem Hauptwerk „Über die Demokratie in Amerika“ von einer „homogenen Zivilisation“, die nicht weniger notwendig sei, als

„homogene Bedürfnisse“, um ein politisches System andauern zu lassen. Wenn nicht eine „gewisse Einträchtigkeit“ existiere – so Tocqueville - , wodurch „das Gemeinschaftsleben flott vonstatten gehen“ könne, so würde ein politisches System nicht lange standhalten können.

Menschenbild

Ich möchte an dieser Stelle einen kleinen aber wichtigen Exkurs machen ein persönliches Bekenntnis zu einem ganz bestimmten Menschenbild und einer daraus resultierenden Vorstellung der Gesellschaft abgeben.

Ich bin der festen Überzeugung, dass genau hier – beim Menschenbild – alle Politik beginnt und sich auch alle politischen Überlegungen zuletzt darauf beziehen müssen bzw wieder dorthin zurückkehren. Ohne eine klare Idee vom Menschen selbst, kann ich auch keine gesellschaftspolitischen Überzeugungen haben; mir fehlt dann der feste Grund, auf dem ich überhaupt ein Gedankengebäude errichten oder auf dem eine Gesellschaft wachsen könnte.

Ich will einen der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft und des Wirtschaftswunders gerne zitieren, Wilhelm Röpke schreibt in seinem Buch „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ auf – wie ich finde – unnachahmliche Weise:

Zitat (S. 21 f):

„Weil ich ein bestimmtes Bild vom Menschen zu haben glaube, das durch die geistige Erbmasse der antik-christlichen Überlieferung geformt ist, weil ich in ihm das Ebenbild Gottes sehe, weil mir die Überzeugung im Blute steckt, daß es eine grauenvolle Sünde ist, ihn zum Mittel zu erniedrigen (auch im Namen hochtönender Phrasen), und jede Seele etwas Unvergleichliches, Unvertauschbares und Unschätzbares ist, gegen das alles andere nichts ist, weil ich einem in diesen Überzeugungen wurzelnden Humanismus ergeben bin, für den der Mensch Kind und Ebenbild Gottes ist, nicht aber selber Gott, zu dem ihn die Hybris eines falschen, atheistischen Humanismus vergötzt - , deshalb, so meine ich, stehe ich jeder Art von Kollektivismus mit äußerstem Misstrauen gegenüber.“

Und Röpke fährt unmittelbar fort und zeigt dabei klar, welche direkten Auswirkungen eine solche Haltung hat:

„Und aus demselben Grund trete ich für eine durch freie Preise und Märkte geordnete Wirtschaft ein, weil ... sie in unserer Zeit aufs höchste entfalteter Industriegesellschaft die einzige Wirtschaftsordnung ist, die mit der Freiheit des Menschen, mit der sie sichernden Struktur des Staates und der Gesellschaft und mit der Herrschaft des Rechts harmoniert. Denn damit nennen wir nichts anderes als die letzten Bedingungen, ohne die der Mensch unseres religiösen Glaubens, unserer philosophischen Überzeugungen und unserer Überlieferungen nicht mit Sinn und Würde leben könnte.“

An anderer Stelle präzisiert Röpke, dass er mit Kollektivismus zwar ganz besonders Sozialismus, Kommunismus und Nationalismus meint (S. 30), dass ihm aber auch bereits kollektivistische Tendenzen verdächtig sind, weil diese sich gegen zwei zentrale Begriffe seines Denkens wenden, nämlich gegen „Selbstverantwortung“ und „Dezentralisierung“ (S.

48).

Wenn ich Röpke richtig verstehe und die aktuelle Situation in Europa ebenfalls, dann durchleben die europäischen Gesellschaften eine fundamentale Sinnkrise, die sich von einer Einwanderungskrise oder einer Wirtschafts- und Finanzkrise um Größenordnungen unterscheidet. Weil wir nicht mehr wissen wer wir sind, darum haben wir unsere Wegmarken und unser Koordinatensystem verloren und stehen häufig kollektivistischen Tendenzen und auch anderen Herausforderung vollkommen rat- und hilflos gegenüber. Ein weiteres Röpke Zitat, bevor ich den eigentlichen Faden der Rede wieder aufnehme, dieses Zitat bietet sich ganz aktuell wegen der Debatte um die Einführung eines Euro-Zonen-Finanzministers oder auch der geplanten Einschränkung des Bargeldverkehrs, ja des Bargeld überhaupt an:

"Planwirtschaftliche Vorstöße [haben] ... ein unbegreiflich leichtes Spiel. Es bleibt der Hang, vor jedem auftauchenden Problem in die behördliche Regelung zu flüchten - in Europa in der besonders absurden Form, für ein auf nationaler Stufe sich als unlösbar erweisendes Problem die Lösung auf internationaler Stufe von supranationalen Behörden zu erwarten - und hinter der Fassade der Marktwirtschaft die Entwicklung zur bürokratischen Erstarrung und zur Allmacht des Staates bewußt oder unbewußt voranzutreiben."

Das Individuum

Im Zentrum des Denkens sollte immer der Mensch als Individuum stehen. (Und zwar genau jener Mensch, den Röpke unnachahmlich skizziert, s.o.) Staat und Nation sind aus meiner Sicht als von den vielen Individuen abgeleitete und somit nachgeordnete Funktion zu verstehen - und eben gerade nicht als eigene Entität aus sich selbst heraus. Sie dürfen daher nie "über" dem Individuum stehen, sondern beide stehen lediglich in einem gesunden Spannungsverhältnis zueinander. (Dies deshalb, weil der Mensch eben ein soziales Wesen ist und die Gemeinschaft somit einen wichtigen Stellenwert besitzt.) Die "Vertreibung aus dem Paradies" ist für mich Ausdruck für: "Jetzt hast Du Freiheit und Verantwortung!"

Patriotismus, ja! Aber welcher?

Aus meiner skizzierten Haltung leite ich gegenüber dem Patriotismus - den ich selbstverständlich für begrüßenswert halte - ab, dass er eine gewachsene private Haltung sein sollte und nicht als Mittel der Politik (also in instrumentalisierter Form) dienen darf. "Sind Sie Patriot?" wäre demzufolge im politischen Raum jedenfalls dann eine unzulässige Frage bzw ein unzulässiges Kriterium, wenn es denn darum geht, aktivierende Politik zu betreiben und nicht lediglich darum, mögliche Gemeinsamkeiten festzustellen.

Im Gegensatz zum weiter oben Beschriebenen maß man "dem Volk" im 19. Jhd. auch so etwas wie eine "Volksseele" zu. Diese Tendenzen flossen später auf gewisse Weise in das Schreckensregime der Nationalen Sozialisten (Vulgo: Nationalsozialisten) ein. Dort hatte dann der totalitäre Staat eine eigene Entität und konnte scheinbar in Form seines „Führers“ alles mögliche befehlen. Auch heute bewegen wir uns auf eine sanfte Form des

Totalitarismus zu (Röpke nennt es Prä-Kollektivismus) oder sind bereits darin gefangen: Freiheit und Demokratie sind nicht ohne Eigentum zu denken. Aber was ist wirklich noch Eigentum in einer Welt der finanziellen Repression? In der Zeit von negativen Zinsen zahlt der Gläubiger - nicht der Schuldner. Irrsinn im Quadrat. (Und ohne Bargeld dann Irrsinn hoch drei...) Auch der Wettbewerb, der notwendigerweise zum genannten Menschenbild und der marktwirtschaftlichen Gesellschaftsform gehört (siehe ebenfalls Röpke), kann heutzutage nur noch eingeschränkt seine Wirkung entfalten. Die Kernelemente „Selbstverantwortung“ und „Dezentralisierung“ erodieren zusehends.

Nun aber zurück zum zentralen Gedanken dieser Rede, zu Nation und Nationalstaat.

Anstrengung

Welches Maß an Anstrengung von den Mitgliedern einer Nation erwarten und verlangen wir und welches Maß an „Homogenität“ und „Einträchtigkeit“ ist anzustreben? Welches Mindestmaß ist Voraussetzung dafür, dass unser politisches System nicht auseinanderfällt?

Ich kann darauf keine genaue Antwort geben, aber ich meine doch, eine Regel aufstellen zu können:

Je homogener eine Gesellschaft ist, desto geringer wird die Anstrengung sein. Denn die Einträchtigkeit ist ja weitestgehend bereits vorhanden und bedarf dadurch einfach keiner besonderen persönlichen Anstrengung. Umgekehrt heißt das aber – und dies ist ein ganz wichtiger Punkt – je heterogener eine Gesellschaft ist, je stärker die Veränderungen sind, der sie ausgesetzt ist, je mehr Einwanderung eine Gesellschaft erlebt, desto größer wird die Anstrengung ausfallen müssen, werden die aktiven Anforderungen sein, die notwendig sind, damit nationale Loyalität erhalten bleibt und das politische System nicht auseinanderfällt.

Als 1968 in Deutschland der gesellschaftliche Umbruch erfolgte, als so ziemlich alles in Frage gestellt wurde was Norm und Vorschrift, Tradition, Vorbild und Kultur war („macht kaputt was euch kaputt macht“), da existierte eine sehr homogene Gesellschaft, die auch mit wenig Anstrengung noch gut funktionieren konnte, auch weil die langfristigen Auswirkungen des 1968er Werteverfalls sich erst ganz allmählich einstellten. Heute aber, fast 50 Jahre später, ist die Gesellschaft von damals passé. Wir haben inzwischen eine Heterogenität erreicht, die es absolut notwendig macht, zu stärkeren Normen und Regeln zurückzukehren und diese auch entsprechend einzufordern. Die damit verbundene Anstrengung ist größer, aber sie ist auch notwendige Voraussetzung für das Gelingen des Ganzen und zugleich für den Bestand unserer sozialen und politischen Identität.

Leitkultur – also doch!

Diese Haltung kann man in dem Wort „Leitkultur“ zusammenfassen, die - wie gezeigt wurde – gerade in der modernen Welt notwendige Voraussetzung des Zusammenlebens ist.

Somit haben wir für das Verständnis der Moderne eine wichtige Erkenntnis gewonnen:

Her mit den Regeln!

In der Globalisierung, in der fast alles möglich scheint und alles angeblich ständig immer leichter, einfacher, anstrengungslos wird, müssen wir heutzutage im nationalen Umfeld Regeln aktiv aufstellen, auch einfordern und durchsetzen, wir müssen Anstrengung verlangen. Das einstige Mantra „anything goes“ gilt also heute nur noch eingeschränkt: Ja sicher, alles ist möglich, aber nicht alles ist eben auch hier möglich. Das ist eine notwendige Folge der Globalisierung, der modernen Welt mit ihren modernen Kommunikationsformen und Wanderungsbewegungen.

Grenzen werden wichtiger, wohlverstanden!

Bei dieser Gelegenheit bietet es sich an, auch noch auf ein weiteres Missverständnis hinzuweisen. **In einer Welt, in der globaler Handel, globaler Austausch, Reise-, Verkehrs- und Kommunikationsmöglichkeiten das aktuelle Maß erreicht haben, wird die Bedeutung von Grenzen eher zunehmen müssen als schwinden.** Damit meine ich nicht den Warenverkehr, den Kapitalverkehr, die Dienstleistungen und – innerhalb bestimmter Regeln – natürlich auch nicht die Personenfreizügigkeit. Wir müssen Grenzen begreifen als eine Voraussetzung des Zusammenlebens auf einem globalisierten Planeten und als eine zivilisatorische Errungenschaft und eben nicht als trennende Mauer. Wer Grenzen ohne Rücksicht rigoros niedertrampelt, wie unsere Regierung, die sich über Gesetze und gegen das Recht stellt, wird das Zusammenleben auf nationaler Ebene ebenso gefährden wie den internationalen Frieden. Ohne Grenzen wird es weder das eine noch das andere geben. Dazu müssen wir uns nur in Erinnerung rufen und nochmals vergegenwärtigen, was Tocqueville scharfsinnig vor jetzt bald 200 Jahren, genauer in den 1830er Jahren beobachtete und erdachte:

„Homogene Bedürfnisse“ sind ebenso wie eine „gewisse Einträchtigkeit“ Voraussetzung, um ein politisches System andauern zu lassen. Sonst würde dieses – immer mit Tocqueville - nicht lange standhalten können.

Offene Debatte

Die verwendeten Begriffe sind notwendig ungenau; wie „homogene Bedürfnisse und gewisse Einträchtigkeit“ genau beschaffen sind, was die „Grenzen“ genau von ihrem Charakter her sind oder sein sollten, kann zu allen Zeiten nur eine breite, offene und auch ehrliche gesellschaftliche Debatte überhaupt klären. Finaler Punkt dieser Debatte ist in unserem parlamentarischen System das Parlament selbst. Dieses kann aber die gesellschaftliche Wirklichkeit nur dann abbilden, wenn die Parlamentarier selbst diese auch unverstellt wahrnehmen.

Das Sylvester von Köln gab den Anstoss für eine lange überfällige Bestandsaufnahme und läutete aufgrund seiner archaischen Brutalität den Beginn einer offeneren Debatte ein. Was vorher unter Maske und Deckmantel verschwiegen und verharmlost wurde, darf inzwischen benannt werden. In Köln und vor Köln haben übrigens nicht nur Politik und Polizei versagt, sondern – das muss in aller Deutlichkeit gesagt werden – auch die Medien. Parteifreunde

mit familiären Beziehungen in Bulgarien und der Ukraine haben mir übereinstimmend berichtet, dass in den dortigen Medien bereits am 2. Januar umfassend über die Kölner Vorkommnisse der Sylvesternacht berichtet wurde, während die überregionalen Medien dazu in Deutschland noch nichts brachten! Das ist ein veritabler Skandal, neben allem anderen. Es muss hinzugefügt werden, dass sich dies dann nach einer „Schrecksekunde“ geändert hat. Aber es besteht doch der Verdacht, wir hätten dies eher dem Druck der sozialen Medien zu verdanken, denn dem investigativen Engagement einer Spiegel Online Redaktion.

Wir erleben einen extremen Zustrom von Einwanderern. Ich wähle ganz bewusst das Wort Einwanderer, weil die Meinungsführer in Politik und Medien von Anfang an die Begriffe gemischt und lange unklar gehalten haben. Flüchtlinge? Asylsuchende? Wirtschaftsmigranten? Alles wurde und wird in einen Topf geworfen, man spricht von „Neubürger“, Neusiedler“ und „Zuzug“. Weil die Zahl der Abgelehnten, Rückkehrer, Ausgewiesenen und tatsächlich Abgeschobenen absehbar insgesamt nur einen verschwindend kleinen Teil umfassen wird, kann man diese Gruppe umstandslos ganz generell als Einwanderer bezeichnen. Das Wort „Zuwanderer“ lehne ich übrigens deshalb ab, weil nicht jeder Eingewanderte auch ein Zugewinn ist, was allerdings durch die Vorsilbe „zu-“ ganz offensichtlich suggeriert wird.

Aus Flüchtlings- wird Einwanderungspolitik

Hier gelangen wir an eine weitere Lebenslüge der etablierten Politik. Heimlich, unter dem Mantel einer angeblichen oder tatsächlichen humanitären Kathastrophe, wird in Wirklichkeit Einwanderungspolitik betrieben. Man modelliert sich die Gesellschaft der Zukunft zusammen, die „bunter“ und „anstrengender“ sein soll. Das ist – um es klar zu sagen – natürlich nicht verboten, man sollte aber ehrlicherweise den Menschen sagen, was auf sie zukommt und man sollte sie vor allem auch in diese fundamentale Entscheidung mit einbinden.

Besondere Blüten treibt diese Haltung, wenn aus Kreisen der pauschalen Einwanderungsbefürworter die Meinung vertreten wird, Teile Deutschlands seien zu „weiß“, es gäbe dort zu wenige dunkelhäutige Menschen und das müsse nun endlich aktiv geändert werden. Dass es sich bei solchen Äußerungen um blanken Rassismus handelt, scheint diesen Menschen nicht bewusst zu werden. Die Frage sei erlaubt: Liegt dies möglicherweise daran, dass es sich um „Rassismus gegen das eigene Volk“ handelt?

Die Agenda, ja das Mantra der Allkonsenspolitik lautete bisher: Man muss integrieren. Aber auch sehr zurückhaltende und besonnene Bürger verstehen inzwischen, dass es unmöglich sein wird, eine so große Zahl von Menschen, die uns zudem in kultureller Hinsicht meist ausgesprochen fern stehen, zu integrieren, weil sie dem arabisch-muslimischen und afrikanischen Kulturkreis entstammen, weil sie zudem oft kaum gebildet und auch schlecht ausgebildet sind.

Gelingt es nicht, die große Anzahl fremder Menschen zu integrieren – was angesichts der schier unermesslichen Zahl unmöglich scheint - und gelingt es außerdem nicht, die meisten von ihnen

wieder in ihre Heimatländer zurückzuschicken, nachdem sich die Situation dort gebessert hat, so wird unserer Nation, unserem Nationalstaat von innen heraus ein Auflösungsprozess bevorstehen, der ab einem bestimmten Punkt nicht mehr aufzuhalten sein wird. Unsere Gesellschaft würde dann jenen inneren Kitt verlieren, der für ihren Bestand eine notwendige Voraussetzung ist. Was wir also heute erleben ist daher nichts anderes als ein Angriff auf den Nationalstaat.

Eins kommt hinzu:

Diese Menschen, diese Einwanderer treffen in Europa auf eine alternde, schrumpfende Bevölkerung. Sie selbst stammen aber häufig aus Kulturen, in der die Kinderzahl aus unterschiedlichen Gründen oft sehr hoch ist. Man muss nicht Sarazzin heißen, der ja viel und gerne mit Statistiken arbeitet, um zu begreifen, dass dies in der Perspektive die Herausforderung ins fast Unermeßliche steigert.

Die große Zahl

Eigentlich mag ich es nicht, über Menschen im allgemeinen zu sprechen. Schließlich sind Menschen Individuen und wenn unser GG von der Würde des Menschen spricht, die unteilbar ist, dann meint es natürlich diese einzelnen Individuen, weil sonst der Begriff Würde keinen Sinn entfaltet. Aber in diesem Fall, im Fall der aktuellen Migrationsbewegung müssen wir von der großen Zahl sprechen und somit vom einzelnen Individuum abstrahieren. Es ist die große Zahl an fremden Menschen, die uns absehbar vor nicht zu bewältigende Probleme stellt. Wir trugen aus den vergangenen Jahren einen Überhang von 600 000 Einwanderern, im Jahr 2015 – die Zahlen weichen voneinander ab – waren es dann etwa 1,3 Millionen, für das Jahr 2016 erwartet die EU in ihren offiziellen Zahlen 3 Millionen von denen nach dem Stand der Dinge die Mehrzahl in Deutschland landen wird. Auch wenn dies nur Schätzungen und erwartungen sind. Aktuelle Frontex Zahlen belegen, dass zu Beginn des Jahres 2016 wesentlich mehr Menschen nach Europa kommen als zu Beginn des Jahres 2015.

Es werden dann also – wenn nichts passiert – summa summarum am Ende des Jahres 2016 3 bis 4 Millionen neue Einwanderer aus fremden Kulturen in Deutschland sein. Deren Zahl wird sich später aufgrund des Familiennachzuges um 3 bis 5-fache erhöhen.

Das wäre dann eine Zahl zwischen 9 und 20 Millionen überwiegend junger Menschen.

[Anmerkung Mai 2016: Aufgrund nationalen Grenzregimes, welches auch auf die Initiative Österreichs zurückzuführen und insofern zumindest teilweise den Wahlerfolgen der FPÖ geschuldet ist, sieht es augenblicklich so aus, dass die hier angedeuteten Zahlen nicht Wirklichkeit werden. Für eine endgültige Beurteilung ist es allerdings noch zu früh, auch weil die irrationale Übertragung des europäischen Grenzregimes an die Türkei auf mehr als tönernen Füßen steht.]

Die AfD plädiert zurecht dafür sich in dieser Lage nicht mit den Symptomen sondern mit den Ursachen selbst zu befassen. Die Ursache selbst bekämpfen heißt aber auch, die

Grenzen zu kontrollieren, zu Recht und Gesetz zurückzukehren, damit den Grenzen wieder ihre zivilisationsstabilisierende Funktion erfüllen können, die ihnen in der modernen Welt zukommt und die zugleich auch Voraussetzung für die moderne Welt ist.

Schaffen wir das nicht, dann wird der soziale Frieden aufgekündigt, die Solidargemeinschaft, die sich auf wundersame Weise im Nationalstaat entfaltet, wird auseinanderbrechen. Jene „gegenseitig erfüllten Erwartungshaltungen“ werden verschwinden.

Merkels brutaler Humanismus

Das ist dann die Folge von Merkels sogenanntem Humanismus, der sich – recht verstanden – auf der zeitachse als brutaler Angriff auf die Zivilisation entpuppen wird. (Merkel, 2005: Das Prinzip des Multikulturalismus ist auf der ganzen Linie gescheitert)

Übrigens – davon war bisher noch gar nicht die Rede - werden wir nicht nur immaterielle Kosten zu tragen haben sondern ganz konkret auch viel Geld zahlen müssen. Pro Jahr etwa ein Griechenland Hilfspaket. Die nur für die Jahre 2016 und 2017 offiziell genannten Zahlen liegen bei etwa 50 Milliarden Euro.

Das – diese enorme Einwanderung - ist also ein ganz konkreter Angriff auf den Nationalstaat. Nationalstaaten brauchen eine Binnenkraft, sie benötigen Kitt, um zu überleben. Einwanderung dieses Ausmaßes und dieses Charakters wird den Nationalstaat überfordern, schwächen und zuletzt auflösen.

Gegenkultur

Wir haben bereits heute bestehende Parallelkulturen, wir haben Gegenkulturen, die ganz offen unseren Staat und unsere innere Verfasstheit ablehnen und teilweise sogar bekämpfen. Als Folge davon gibt es no go areas – und zwar nicht nur in Essen oder Berlin, sondern auch in Paris, Birmingham, in Italien und in Schweden – fast überall in Europa. Diese Problembezirke und Gegenwelten werden sich durch die massive Einwanderung aller Voraussicht nach weiter verfestigen und zugleich vergrößern.

Meine Damen und Herren, es ist nicht übertrieben zu sagen, dass wir an einem großen Kulminationspunkt der Geschichte angelangt sind. Die alte Welt, eigentlich in Nationalstaaten gegliedert, trifft auf die brutalen Gesetze der Moderne, ohne dafür ausreichend gerüstet zu sein. Weder mental noch organisatorisch sind wir offenbar auf diese Situation vorbereitet. Der Reflex, allen zu helfen, muss wie gezeigt wurde zuletzt notwendig ins Chaos führen.

Um dies zu verhindern werden wir nicht umhin kommen zurückzuschicken, notfalls auch auszuweisen und abzuschieben. Darüber hinaus müssen wir ein rigoroses Grenzregime einführen. Hier wäre die EU – das ist meine Ansicht - zuerst gefordert. Die Außengrenzen der EU müssen gesichert und für die wilde Einwanderung geschlossen werden. Erfolgt dies aus welchen Gründen auch immer nicht, dann müssen die Nationalstaaten handeln und ihre

Grenzen kontrollieren.(aktuell: Österreich)

Ich will diese Überlegungen in einem zugegeben kurzen und provokant verkürzenden Satz zusammenführen: Europa muss wie Australien sein, oder es wird nicht sein, jedenfalls wenn man Europa als zu bewahrenden Kulturkreis versteht.

All diese Überlegungen dürfen uns natürlich nicht den Blick auf die tieferen Ursachen der derzeitigen Wanderungsbewegungen trüben. Die AfD hat auf ihrem Parteitag in Hannover vollkommen zurecht auf außenpolitische Zusammenhänge und Hintergründe in einer Resolution hingewiesen. Ich bin sehr froh darüber, diese Resolution initiiert und maßgeblich mit gestaltet zu haben. Zugleich sind wir als Partei aber auch gefordert, sinnvolle und mögliche Hilfen zu erdenken und auf den Weg zu bringen. Als Beispiele sei die finanzielle und materielle Unterstützung von UN Flüchtlingslagern genannt, die in E unbedingt aufgestockt werden müssen. (Kürzung von 32 auf 9 Dollar! Deutschland halbierte vor 2 Jahren seine Jordanienhilfe!) Ein weiteres Thema, welches allerdings den Rahmen des Abends sprengen würde, ist ein Neudenken von „Entwicklungshilfe“, wie sie z B von Autoren wie Dani Rodrik („Das Globalisierungsparadox“) und Paul Collier „Exodus, Warum wir Einwanderung neu regeln müssen“ vorgebracht und angedeutet werden.

Multikulti?

Was wir bisher betrachtet haben, war der Angriff auf den Nationalstaat durch einen falsch verstandenen Multikulturalismus, ein Angriff also, der von innen heraus erfolgt. Wobei dieser Angriff „von innen“ erst dann erfolgen kann, wenn Menschen zuvor „von außen“ eingewandert sind. Dieser Angriff schwächt die Binnenkräfte und löst nach unserem Verständnis die notwendigen Voraussetzung für das Gemeinwesen auf, was zuletzt zum Kollaps führen muss. Um es nochmals klar zu sagen: Multikulturalismus ist eben nicht einfach nur das Verteidigen eines gewissen gesellschaftlichen Pluralismus, ihm geht es nicht um größere Auswahlmöglichkeiten bei der abendlichen Wahl des Restaurants. Multikulturalismus verneint die Notwendigkeit einer Leitkultur, er verneint die Notwendigkeit gemeinsam miteinander geteilter Kernwerte ebenso wie er nationale Loyalität und Identität ablehnt. Stattdessen haben unter der Doktrin des Multikulturalismus Gruppenidentitäten und Gruppenloyalitäten Vorrang. Folglich werden Unterschiede betont, Gemeinsamkeiten eher gering geschätzt, so dass z. B. unterschiedliche Rechtstraditionen mit einem daraus resultierendem Rechtspluralismus begrüßt werden. (Scharia)

Teil II

Supranationalismus

Der zweite Angriff auf den Nationalstaat, den ich Ihnen jetzt schildern möchte, ist nicht weniger gefährlich und auch er ist hochaktuell. Das ist der Supranationalismus. Also das Bestreben, den Nationalstaaten immer mehr Befugnisse und einen immer größeren Anteil an Souveränität abzunehmen und supranationalen Einrichtungen zu übergeben. Dabei muss man wissen, dass es gerade nicht das Ziel solcher Bestrebungen ist, den Anwendungsbereich des Staates zu vergrößern, also souveräne Staatlichkeit einfach nur in größerem Umfang zu

etablieren. Hinter dem Supranationalismus steht eine komplett andere Betrachtungsweise. „Die EU“ - so schreibt Thierry Baudet – „existiert nicht, um eine europäische Souveränität zu schaffen, sondern um die Grenzen, die Souveränität und die Staatlichkeit ihrer Mitgliedsstaaten in Rauch aufgehen zu lassen.“ Entscheidungsmacht wird über zahlreiche Instanzen verteilt, so dass am Ende keiner mehr weiß, wo genau die Beschlüsse gefasst werden.

Von „Zusammenarbeit“ ist ja in der EU viel die Rede und Sie alle auch das EU-Schlagwort von der „politischen Integration“. Diese Integration ist aber, darüber muss man nur einmal kurz nachdenken, das Gegenteil von Zusammenarbeit, denn Zusammenarbeit - im Wortsinn - ist nur auf Gebieten möglich, auf denen eine freie Entscheidung überhaupt noch vorhanden ist. Echte Zusammenarbeit und tiefe politische Integration schließen sich somit gegenseitig aus.

In der EU entstehen dauernd weitere Unionen, wie etwa die Schulden-, Banken- und Sozialunion. Diese Art der Harmonisierung ist aber überaus schädlich, weil sie einen Wesenskern, das unabdingbare Element der Marktwirtschaft tangiert und unterminiert: Den Wettbewerb. Wer alle bestehenden Unterschiede einebnet und ausgleicht, der wird zuletzt den Wettbewerb verhindern. Ohne Wettbewerb aber wird die EU endgültig eine Struktur der Institutionen, in der sich die Verhältnisse umgekehrt haben: Nicht die Institutionen dienen dem Menschen, sondern die Menschen den Institutionen. Das dürfen wir nicht zulassen.

[Zitat 4, Ludwig Erhard, „Wohlstand für Alle“, *ECON Jubiläumsausgabe 2000*, S. 287 f:

„Wollte man den Versuch unternehmen, alle betriebswirtschaftlichen Kostenelemente von Land zu Land und über einen größeren Bereich von Ländern hinaus so zu harmonisieren, d.h. Auszugleichen, daß der Wettbewerb keine „störenden“ Wirkungen zeitigen kann, bedeutet dies nicht Integration, sondern eine Desintegration schlimmsten Ausmaßes. (...) Jene Forderung beruht also auf einer völlig illusionären Verkennung ökonomischer Gesetze und Tatbestände, aber sie charakterisiert zugleich eine geistige Haltung, die sich in einem integrierten Europa unter keinen Umständen durchsetzen darf, wenn nicht menschliche Initiative und schöpferische Kraft, ja das Leben selbst, erstickt werden sollen.“]

Man könnte, was die Gefahren des Supranationalismus betrifft, noch auf viele Dinge hinweisen und diese genauer analysieren. Ich will das aus Zeitgründen abkürzen und nur noch einige supranationale Instanzen benennen, die in den letzten Jahrzehnten geründet wurden: Der Internationale Strafgerichtshof, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der Internationale Gerichtshof, die Welthandelsorganisation, der Sicherheitsrat der UN sowie natürlich die EU. All diese Institutionen entziehen den Staaten nationale Souveränität und Entscheidungsmacht. Anhand eines einzigen Beispiels will ich das noch etwas verdeutlichen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) ist das oberste rechtssprechende Organ der EU mit Sitz in Luxemburg. Es begann in der 1960er Jahren, dass dieser Gerichtshof in einer Art Selbstermächtigung immer mehr Befugnisse an sich gezogen hat. Bereits 1963 bestimmte der EuGH, die europäische Gemeinschaft stelle eine neue Rechtsordnung des Völkerrechtes dar, zu deren Gunsten die Staaten ihre Souveränitätsrechte eingeschränkt hätten mit der Folge, dass die Staaten das

Gemeinschaftsrecht anwenden müssten, als ob es nationales Recht wäre. 1964 bestärkte der Gerichtshof den Vorrang des Gemeinschaftsrechtes gegenüber nationalen Rechtsordnungen, 1980 hieß es dann bestätigend, ein „nationales Gericht habe die Pflicht, Gemeinschaftsrecht vollständig einzuhalten, wenn nötig durch die Weigerung, (...) irgendeine strittige Bestimmung aus der nationalen Gesetzgebung für zutreffend zu halten.“

Wir sehen daran, wie tief man bei einer grundstürzenden Reform der verkorksten EU graben muss, wenn man alte Fehler ausbügeln möchte. Eine echte Reform der EU muss auch die Macht des EuGHs hinterfragen.

Auch Handelsvereinbarungen wie TTIP, Ceta und andere, die den Nationalstaaten Handlungsvollmachten dauerhaft entziehen wollen, sind ein veritabler Angriff auf den lebendigen Nationalstaat.

Zitat aus www.zeit-fragen.ch (Artikel vom 16.2.2016)

*„Der Deutsche Richterbund lehnt die von der EU-Kommission [am 16.9.2015 und 12.11.2015] vorgeschlagene Einführung eines Investitionsgerichts im Rahmen der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) ab. **Der DRB sieht weder eine Rechtsgrundlage noch eine Notwendigkeit für ein solches Gericht.***

Das mit dem Vorschlag für ein Internationales Investitionsgericht offensichtlich verbundene Verständnis, die Gerichte der Mitgliedsstaaten der Union könnten ausländischen Investoren keinen effektiven Rechtsschutz gewähren, entbehrt sachlicher Feststellungen. Sollten hier Schwächen von den Verhandlungspartnern für ein TTIP in einzelnen EU-Mitgliedsstaaten erkannt worden sein, so müssten sie gegenüber dem nationalen Gesetzgeber offengelegt und klar definiert werden. Es wäre dann Aufgabe des Gesetzgebers und der für die Justiz Verantwortlichen, im bewährten System des nationalen und europäischen Rechtsschutzes Abhilfe zu schaffen. (...) Die Schaffung von Sondergerichten für einzelne Gruppen von Rechtsuchenden ist der falsche Weg.

Bewertung im einzelnen

*Das von der EU-Kommission geplante Investitionsgericht (ICS), das in ein System von Mediation und Konsultation eingebunden sein soll, wäre für Ansprüche wegen Verstößen gegen die Investorenschutz-Klauseln des Abkommens zuständig (Art. 1 Nr. 1). **Dabei umfassen Investments in der Definition des Textvorschlags jede Art von Rechten, einschliesslich Aktien, Anteilen an Unternehmen, Rechte am geistigen Eigentum, bewegliche Gegenstände und Forderungen (Kapitel II, Definition x2). Der rechtliche Schutz der Investition reicht damit vom Zivilrecht über das allgemeine Verwaltungsrecht bis zum Sozial- und Steuerrecht. Der Vorschlag der Kommission würde dazu führen, dass das ICS eine Rechtsprechungskompetenz in diesen Bereichen erhalten würde, um den Schutz des Investors umfassend sicherzustellen. (...)***

Die Entscheidungen des ICS sind bindend (Art. 30 Nr. 1).

Durch das ICS würde nicht nur die Rechtssetzungsbefugnis der Union und der Mitgliedsstaaten eingeschränkt, auch das etablierte Gerichtssystem innerhalb der

Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union würde geändert werden. Für eine solche Änderung durch die Union gibt es nach Ansicht des Deutschen Richterbundes keine Rechtsgrundlage.“

*Quelle: Stellungnahme des Deutschen Richterbundes 04/16 vom Februar 2016
(<http://zeit-fragen.ch/index.php?id=2378>)*

Ein kleines Detail dazu noch am Rande. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages ist zum einhelligen Schluss gekommen, TTIP müsse im Bundestag nicht beraten und nicht beschlossen werden. Das muss man sich vorstellen! Allerdings war dies selbst einigen Abgeordneten zu bunt. Es kam daher zu weiteren Gutachten durch 5 beauftragte Professoren. Alle 5 gelangten ausnahmslos zur Ansicht, TTIP müsse auf jeden Fall auch im Bundestag beschlossen werden. Dieses Detail offenbart uns, wie weit der supranationale Angriff auf den Nationalstaat bereits gediehen ist. Ginge es nach dem wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, dürften wir bei TTIP bereits nicht mehr mitreden, sondern müssten die gesamte Regelungshoheit der EU überlassen.

Conclusio

Diese supranationalen Angriffe erfolgen also von außen und werden – anders als der in seiner Schädlichkeit unverstandene und dadurch bedrohliche Multikulturalismus – von außen an den Nationalstaat herangetragen.

Wir – und damit meine ich die AfD – müssen eine glaubwürdige Politik konzipieren, die sich gegen beide Angriffe auf den Nationalstaat zur Wehr setzt, den von innen und den von außen. Wenn wir dies seriös und mit klaren Worten überzeugend tun, dann haben wir die große Chance, in der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft einen unwiderstehlichen Resonanzraum anzutreffen, der es uns ermöglicht, der Politik in Deutschland und Europa eine entscheidende Wende zu geben und eine **Veränderung** zum Guten hin einzuleiten.

Eine Voraussetzung für Demokratie ist die Möglichkeit von Veränderung. Was bedeutet dieser Satz für Deutschland und Europa, was bedeutet er für uns? Wenn wir die AfD einmal kurz außen vor lassen und uns in der politischen Landschaft Deutschlands so umsehen, dann stellen wir schnell fest: In ganz fundamentalen Angelegenheiten hat der Wahlbürger (ohne AfD) keine Wahlmöglichkeit. Denn in dieser Allparteienkonsenskoalition herrscht z. B. Konsens:

- zur EU und ihrer immer fortschreitenden Zentralisierung. (Stichwort „Immer enger werdende Union“ oder konkreter neulich die Forderung nach einem EU-Finanzminister)
- Dort herrscht Konsens darüber, mittels der Flüchtlingskrise Einwanderungspolitik zu betreiben.
- Dort herrscht ein ganz breiter Allparteienkonsens, dass man es eben mit Recht und Gesetz nicht so genau nehmen müsse.
- Da herrscht Konsens dazu, den Staat dort wo er stark sein müsste zu schwächen und wo er

schwach sein sollte stark zu machen.

- Es herrscht Konsens über eine verfehlte Energiepolitik (Stichwort EEG oder Windkraft)
- Es herrscht Konsens zentrale Grundsätze der Marktwirtschaft nicht mehr zu beachten
Sie wissen – diese Liste ließe sich problemlos noch lange fortsetzen
- Konsens Konsens überall Konsens!

Angebot AfD

Erinnern wir uns jetzt nochmal an den eben genannten Satz „eine Voraussetzung für Demokratie ist die Möglichkeit von Veränderung“, dann wird eines doch ganz nachdrücklich klar. Ohne das, marktwirtschaftlich gesporchen, „Angebot AfD“ hätten die Wahlbürger trotz Wahl keine echte Wahl und somit gerade keine Möglichkeit, eine Veränderung zu bewirken!

Das muss man umgangssprachlich gesagt einmal sacken lassen. Die AfD ist, eben weil sie mit ihrem politischen Angebot eine echte Alternative zum Allparteienkonsensmodell darstellt, zur Voraussetzung für die Demokratie in Deutschland geworden. Und es ist keine Übertreibung zu sagen: Ohne die AfD kann es aktuell nach Lage der Dinge keine demokratischen Wahlen in Deutschland geben.

Das ist ein erstaunlicher Befund, gerade wenn man die gängigen Meldungen in der Presse und Medienlandschaft zur AfD revue passieren lässt.

Meine Damen und Herren – als demokratische Partei, die dem modernen Rechtsstaat und dem modernen Nationalstaat verpflichtet ist können wir mit diesem Selbstbewusstsein, Träger eines demokratischen Deutschlands und eines in seiner reichen Vielfalt demokratischen Europas zu sein, alle Angriffe und Schmähungen dieser Tage gelassen ertragen und aussitzen. Ich bin sicher, die erfolgreichen Wahlen in Rheinland Pfalz, Sachsen Anhalt und Baden Württemberg werden in dieser Hinsicht vielen zum Besseren hin wenden. (Räumlichkeiten der Bundespressekonferenz angeboten für den 14.3.)

Weil wir uns Demokratie und Rechtsstaat wirklich verpflichtet fühlen, möchte ich ganz zum Schluss meines Vortrages noch auf einen wichtigen und durchaus beunruhigenden Punkt hinweisen:

Politischer Extremismus der Mitte

Die Erkenntnis nämlich, dass politischer Extremismus auch aus der Mitte kommen kann.

Rechtsextremismus wird zum Glück in Deutschland sehr wachsam beobachtet und ggf. bekämpft; Linksextremismus wird häufig irgendwie übersehen, manchmal gar klammheimlich gutgeheißen. Dennoch lassen sich umgestürzte und angezündete Polizeiautos oder gar angegriffene Polizeiwachen – wie in Leipziggesehenen - nicht

gänzlich aus der Berichterstattung tilgen.

Im Unterschied zum Rechts- und Linksextremismus besitzt der „Extremismus der Mitte“ aber ein ganz besonders gefährliches Potential, weil die Bürger üblicherweise für solchen Extremismus überhaupt keine Sinnesorgane besitzen. Sie meinen - gutgläubig – die Mitte könne gar nicht extrem sein. Weit gefehlt. Extremismus der Mitte gibt es, und dieser ist besonders gefährlich, weil er im bürgerlichen Gewand unscheinbar und lange von sehr vielen unbemerkt dafür aber besonders gründlich daherkommt.

In der Analyse hilft uns das Bundesverfassungsgericht weiter, welches u.a. folgendes zu Vorbedingungen unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung gemacht hat:

- den Ausschluss von Willkürherrschaft
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- die Verantwortlichkeit der Regierung
- eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung

Jeder, der sich daran macht, diese oder ihre Vorbedingungen abzuschaffen, ist somit per Definition ein politischer Extremist.

Wer immer Menschen helfen, den Euro retten, das Land regieren will, muss dies auf der stabilen Grundlage von Recht und Gesetz tun. Andernfalls ist das Unterfangen nicht nur aussichtslos und kontraproduktiv, sondern auch extremistisch.

Anhand der genannten Checkliste des Bundesverfassungsgerichts erkennt man aber recht einfach, dass genau bei diesen Themen die „breite Koalition der Mitte“ also das Konsensmodell der etablierten Parteien ins Extreme abgeleitet – wohlgemerkt, nicht aufgrund einer möglicherweise gefärbten Einschätzung durch politische Gegner, also uns, sondern aufgrund der klaren und eindeutigen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

„Deutschland wird links von Claudia Roth regiert“

Das Handelsblatt schrieb vor einigen Monaten: „Deutschland wird links von Claudia Roth regiert“. Das ist eine zutreffende aber zugleich auch verwirrende Beschreibung, denn wir sehen, dass diese Regierungsmacht tatsächlich aus der „Mitte“ kommt und einem Extremismus der Mitte verfallen ist, wie man ihn etwa noch vor einigen Jahren unter Kohl für absolut unmöglich gehalten hätte.

Denken Sie daran, wenn das nächstemal ein Stegner, ein Gabriel oder ein Schäuble und wie sie alle heißen mögen mit dem ausgestreckten Finger auf die AfD zeigen: Drei Finger verweisen dann – so der kundige Volksmund – zurück auf die wirkliche Quelle des Übels.

Lassen Sie sich von niemandem irritieren. Die AfD ist der Versuch einer Rückeroberung der politischen Mitte durch gemäßigte und tiefbürgerliche Kräfte auf dem festen Boden des Grundgesetzes, in der Tradition des Liberalismus und des Konservatismus und unter Bewahrung des guten Nationalstaates. Extremismus wächst anderswo und – wie gezeigt wurde – gerade dort, wo man ihn nicht vermuten würde.

Ich hoffe, dass zum Ende meines Vortrages, der viele Bereiche leider nur streifen konnte, dennoch deutlich geworden ist, wie Supranationalismus einerseits und Multikulturalismus andererseits den Nationalstaat in die Zange nehmen. Wenn wir für den Erhalt des modernen

Natioalstaates eintreten, dann tun wir dies nicht aus Nostalgie oder aus einer reaktionären Haltung heraus, sondern weil wir den Bürgern ein Angebot machen möchten, welches Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand und Freiheit sowie eine gedeihliche Zukunft unserer Kinder in Deutschland und Europa sichern soll.

Wenn wir es schaffen, die anderen Parteien in ihrer fahigen und gefährlichen Orientierungslosigkeit als das darzustellen was sie sind, nämlich als Gegner von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, dann werden wir – vorläufig - 15 % plus x erreichen können. Davon bin ich überzeugt und dafür sollten wir alle gemeinsam kämpfen.